



**SPD**

Oberhausen-  
Rheinhausen



# der Wecker

Informationen für  
Oberhausen-Rheinhausen

September 2013

## **GEMEINSCHAFTSSCHULE EIN VOLLER ERFOLG**

**SCHULE VOR ORT BRINGT KINDERN UND JUGENDLICHEN MEHR ZEIT**



Die Gemeinschaftsschule in Oberhausen konnte in diesem Frühjahr einen neuen **Anmelderekord** vermelden. Über 90 Kinder werden in diesen Tagen in der fünften Klasse der Gemeinschaftsschule starten. SPD-Ortsvereinsvorsitzender Daniel Born zeigt sich beeindruckt: „Als Gemeinderat kann ich sagen: Diese Schule macht uns stolz. Und diese Schule überzeugt – mit ihrem pädagogischen Konzept, mit ihrem klaren Bekenntnis zu Binnendifferenzierung und Inklusion sowie mit ihren glaubwürdigen Leistungsprofilen. Dies ist ein großer Erfolg für die Lehrerinnen und Lehrer. Und ein gutes Ergebnis für Schülerinnen und Schüler.“

*Fortsetzung auf der nächsten Seite*

*Fortsetzung von Seite 1*

Immer mehr Städte und Gemeinden wollen auf den erfolgreichen Gemeinschaftsschule-Zug aufspringen. Für Oberhausen-Rheinhausen ist darum umso entscheidender, dass man als **Starterschule** von Anfang an dabei war. Der Starterschule-Zuschlag in einem harten Auswahl-Wettbewerb kam damals nicht von ungefähr. Er war das Ergebnis von über Jahre gesammelter Erfahrung im altersübergreifenden Unterricht, einem hervorragenden pädagogischen Konzept, der gemeinsamen Kraftanstrengung von Schülern, Eltern und Lehrern, dem Einsatz von Landtagsabgeordnetem Walter Heiler und der parteiübergreifenden Unterstützung in der Gemeinde. Obwohl von CDU-Bundes- und Landespolitikern massive Störfeuer kamen und die Gemeinschaftsschule als Einheitsschule verunglimpft wurde, hatte der Gemeinderat damals einstimmig für die Gemeinschaftsschule gestimmt.



*Erfreut sich großer Beliebtheit:  
Die Gemeinschaftsschule Oberhausen*

Da aus der gesamten Region Schülerinnen und Schüler kommen, ist die Gemeinschaftsschule aus Sicht der SPD ein neuer Anlass, über die **ÖPNV-Anbindung** von Oberhausen-Rheinhausen zu reden. Hier gehen Eltern sehr vorbildliche und kreative Wege – aber insgesamt ist doch auch die Politik gefragt hier Lösungen zu erarbeiten von denen alle profitieren.

Besonders wichtig ist der SPD aber, dass durch die Gemeinschaftsschule der Bildungsstandort Oberhausen-Rheinhausen weiter gesichert ist. „Wir stehen für das **3-3-1-Modell**“, wie die SPD ihr Bildungsprogramm für Oberhausen-Rheinhausen nennt: **Drei** Kindergärten und **drei** Grundschulen, die jeweils über völlig unterschiedliche pädagogische Konzepte verfügen und so wirkliche Wahlfreiheit der Eltern garantieren. Und **eine** Gemeinschaftsschule, die dafür sorgt, dass die Jugendlichen ihren Schulabschluss in Oberhausen-Rheinhausen und ohne lange Fahrwege machen können. Darum soll, wenn es nach der SPD geht, die Gemeinschaftsschule Oberhausen so weiterentwickelt werden, dass hier auch das **Abitur** gemacht werden kann. „Bis zur Berufsschule oder zum Studium wollen wir ein Schulangebot vor Ort haben“, so Born. „Das schafft mehr Zeit fürs Lernen - aber vor allem auch mehr Zeit für Familie, Sport, Vereine und Freunde. Und das gehört doch zu einer Jugend in Oberhausen-Rheinhausen zum Glück auch dazu.“

# SANIERUNG MUSS KOMMEN

## SPD-FRAKTION IST BESORGT ÜBER DIE DEPONIE FLOTZGRÜN



Seit 1967 betreibt die BASF im nordwestlichen Bereich der eingedeichten Insel Flotzgrün eine Deponie für Abfälle aus der Produktion des Unternehmens. Das Gelände der Deponie stand zunächst im Eigentum der Gemeinde und wurde zu einem späteren Zeitpunkt an die BASF veräußert bzw. auf das Rückkaufsrecht gegen Zahlung eines Abstandbetrages verzichtet. Aus nachvollziehbarem Grund, denn die Gemeinde könnte eine Sanierung der Deponie finanziell nicht stemmen.

Seit Jahren wird anhand von **Messungen** festgestellt, dass das Grundwasser mit deponiebedürftigen Stoffen belastet ist, z.B. Mecoprop und Benatazon (Pflanzenschutzmittel).

Um die **Trinkwassergefährdung** in der Umgebung beurteilen zu können, sollen weitere Messstellen eingerichtet werden. Betroffen ist vor allem die Stadt Speyer, in deren Richtung das Grundwasser von der Insel Flotzgrün aus fließt.



*Idylle am Althrein?*

Anzumerken ist, dass der erste Deponieabschnitt keine geschlossene Deponiewanne hat, sodass gefährliche Stoffe, wie nachgewiesen, ins Grundwasser gelangen können. Wir, die SPD-Gemeinderäte, sind der Auffassung, dass keine weiteren Messstellen erforderlich sind, da sie das vorhandene Problem nicht lösen, zumal die Messstellen in ökologisch sehr sensiblen Gebiet errichtet werden sollen.

Wir fordern, dass die BASF den betroffenen Deponieteil **nach heutigem Standard saniert**, damit für das Grund- und das Trinkwasser in Speyer keine Gefahren bestehen. Die entstehenden Kosten dürften für die BASF kein Problem darstellen.

# KINDER BRAUCHEN GUTE BETREUUNG

## SPD-FRAKTION KANN VORSCHLAG ZUR VERBESSERUNG DES PERSONALSCHLÜSSELS NICHT DURCHSETZEN



Die Bereitstellung von ausreichenden Kindergarten- und Krippenplätzen sowie angemessene Öffnungszeiten sind ein wichtiger Indikator für den Wohnwert einer Gemeinde. Die Gemeinde Oberhausen-Rheinhausen hat die veränderten Bedürfnisse der Eltern früh erkannt und in Zusammenarbeit mit der kath. Pfarrgemeinde passgenaue Angebote entwickelt - zum Beispiel vorverlegte und verlängerte Öffnungszeiten und ganzjährige Öffnung der Kindergärten. Auch die verlässliche Grundschule, mit der Möglichkeit für die Kinder, vor Ort zu Mittag zu essen, war und ist fester Bestandteil des Betreuungsangebotes der Gemeinde.

Wir, die SPD Oberhausen-Rheinhausen, fordern die **bestmögliche Begleitung und Betreuung** der Kinder in den Kindergärten, denn sie sind unsere Zukunft. Deshalb waren wir in der Gemeinderatsitzung am 17. Juni für einen **besseren Personalschlüssel** zur Betreuung der Kinder. Die SPD-Fraktion hatte vorgeschlagen, 2,7 Vollzeitstellen je Betreuungsgruppe vorzusehen. Dieser Vorschlag wurde jedoch mehrheitlich abgelehnt.

Wir, die SPD Oberhausen-Rheinhausen, sind auch zukünftig ein verlässlicher Partner, wenn es um die Belange der Kinder und Jugendlichen geht.

## SO SCHÖN WAR DIE ZEIT...

### ERINNERUNG AN HORST EGENBERGER



Horst Egenberger würde, wenn er noch lebte, am 30. September 2013 **80 Jahre** alt werden. Die meisten Bürgerinnen und Bürger in Oberhausen-Rheinhausen werden sich wohl seiner erinnern. Auch für die „Wecker“-Redaktion bleibt Horst unvergessen.

Mit 32 Jahren begann sein kommunalpolitisches Engagement als Gemeinderat. Sein Verständnis für die Probleme eines jeden Einzelnen und sein Weitblick in kommunalen Angelegenheiten dankten ihm seine Mitbürger schon bei seiner Wiederwahl 1971 mit der weitaus größten Stimmenzahl aller Gemeinderatskandidaten und mit der Wahl in den Kreistag. Die SPD-Gemeinderäte wählten ihn zu ihrem Fraktionsvorsitzenden. Diese anspruchsvolle Aufgabe nahm Horst bis 1987 wahr. Seit 1966 ununterbrochen im SPD-Kreisvorstand tätig, übernahm er 1970 auch die Leitung des SPD-Ortsvereins, die er 30 Jahre lang mit großem Elan und Erfolg ausübte.

Dabei wurde er immer von seiner Ehefrau Irma unterstützt.

Im Dezember 1995 wurde sein ehrenamtliches politisches Engagement mit der Ehrennadel in Gold des Gemeindetages Baden-Württemberg gewürdigt. 1999 schied Horst aus dem Kreistag aus, und nach über 38 Jahren beendete er 2004 auch seine Arbeit als Gemeinderat.

Was kennzeichnete die „Ära Egenberger“? Was machte Horst so beliebt, dass er immer wieder mit so großer Zustimmung in politische Ämter gewählt wurde?



*Horst Egenberger, Ehrenvorsitzender der  
SPD Oberhausen-Rheinhausen*

Als Horst Egenberger mit 36 Jahren im Frühjahr 1970 zum Vorsitzenden des SPD-Ortsvereins gewählt wurde, war die SPD unter Bundeskanzler Willy Brandt im Aufbruch und die damalige Bundesrepublik Deutschland im Umbruch. Eine gewaltige Begeisterung machte die SPD 1972 zur stärksten Fraktion im Deutschen Bundestag und zur größten Partei mit über 1 Million Mitgliedern. Damals genossen Politiker ein hohes Ansehen. Politik wurde als wichtig und spannend

empfohlen. Der SPD-Ortsverein engagierte sich bei der Bundestagswahl 1972 mit 13 Prospekt-Verteilaktionen!

Dabei war Horst Egenberger „Kopf und Herz“ unserer Arbeit. Als spiritus rector leitete er die Arbeit der immer zahlreicher werdenden SPD-Mitglieder. Er strahlte eine **Herzlichkeit und Wärme** aus, die den Ortsverein immer mehr zu einer Familie werden ließen. Aus Mitgliedern wurden Freunde, und diese Freundschaft setzte sich auch im privaten Bereich fort. Horst und Irm´ hatten offensichtlich den Satz des großen griechischen Philosophen Aristoteles verinnerlicht: „Ohne Freunde möchte niemand leben, auch wenn er die übrigen Güter alle zusammen besäße.“

Seine Aufrichtigkeit und sein freundliches Wesen haben Horst im gesellschaftlichen und politischen Leben zu einer gern gesehenen Persönlichkeit gemacht. **Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität** waren sein Credo – und er lebte dies vor! Mit Leidenschaft und Augenmaß hat er für eine sozial gerechte, freie und friedliche Welt gekämpft. Er hat seinen Teil dazu beigetragen, unsere Gemeinde sozial gerecht und lebenswert zu gestalten.

Wir sind Horst zu großem Dank verpflichtet und stolz darauf, dass er zu uns gehörte.

# DANIEL BORN WILL IN DEN BUNDESTAG

## EIN GESPRÄCH ÜBER DANIELS ZIELE, DEN WAHLKAMPF UND DIE WICHTIGSTE EIGENSCHAFT VON POLITIKERINNEN UND POLITIKERN



*Du bist seit Jahren in der Kommunalpolitik in unserer Gemeinde Oberhausen-Rheinhausen aktiv als Gemeinderat und Vorsitzender des SPD-Ortsvereins. Was hast du hier gelernt, das du mit nach Berlin nehmen kannst?*

Egal, wo man Politik macht, meiner Meinung nach ist eine Eigenschaft entscheidend: Man muss Menschen mögen. Wenn man Politik macht ohne das Bestreben, anderen zu dienen, anderen zu helfen – wenn man also Politik macht ohne Liebe – dann macht man sich selbst unglücklich und, schlimmer noch, andere Menschen auch.

Die Kommunalpolitik ist eine gute Schule, weil da Erfolge und Misserfolge unmittelbar sichtbar sind. Ich finde es richtig zu sagen, bevor man einen Bundeshaushalt verabschiedet, sollte man zumindest einmal den Haushalt seiner Heimatgemeinde verabschiedet haben.

Man lernt aber auch noch etwas ganz anderes in der Kommunalpolitik: Manchmal haben auch die anderen recht. Dann sollte man zuhören und seine eigene Position überprüfen. Es darf nicht um die Parteien gehen, es muss um die besten Antworten gerungen werden.

*Für welche Schwerpunkte hast du dich in unserem Gemeinderat hier in Oberhausen-Rheinhausen besonders stark gemacht?*

Ich habe mich besonders für die Themen Bildung, Kinderbetreuung und ortsnahe Arbeitsplätze engagiert. Die Themen „gute Arbeit“, „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ und „Bildung“ werden auch im Mittelpunkt meiner politischen Arbeit für unseren Wahlkreis in Berlin stehen.

*Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf haben sich viele auf die Fahnen geschrieben. Was machst du dafür?*

Eltern brauchen eine echte Wahlfreiheit. Allein die Eltern sollen entscheiden, wie lange sie ihr Kind allein zu Hause betreuen möchten. Eine unterstützende Familienpolitik muss darum neben gezielter finanzieller Hilfe vor allem eine gute Infrastruktur für die Betreuung und Bildung für Kinder aller Altersgruppen sicherstellen.

Daneben bin ich für eine Familienarbeitszeit, die es Vätern und Müttern erlaubt, gemeinsam ihre Arbeitszeit zeitlich befristet zu reduzieren.



*Daniel im Wahlkampf 1976*

*Du stellst „gute Arbeit“ in den Mittelpunkt deiner Politik. In den letzten Jahren sind die Arbeitslosenzahlen immer weiter zurückgegangen. Was verstehst du unter „guter Arbeit“?*

Die Reformen der Rot-Grünen Regierungsjahre hatten ihre Erfolge: Heute sind viel mehr Menschen in Arbeit. Aber gut ist nicht, was irgendeine Arbeit schafft, sondern gut ist, was „gute Arbeit“ schafft. Und da stelle ich mir die Frage: Wo kann ich Gesetze verbessern? Wir brauchen einen flächendeckenden Mindestlohn, ein Verbot ungerechtfertigter Befristung von Arbeitsverträgen, das Verbot des Missbrauchs von Werk-

verträgen. Eine lebenslange Arbeit darf nicht in Altersarmut führen. Und dann müssen wir den Arbeitsmarkt weiter für die öffnen, die momentan noch zu häufig Zurückweisung erfahren: Wir müssen gegen Diskriminierung vorgehen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern und ein Recht auf Ausbildung für alle jungen Menschen einführen.

*Die SPD hat das Investitionsprogramm „Zukunftsinvestitionen für Deutschland. Für Wachstum, Beschäftigung, Innovation“ veröffentlicht. Was sind die zentralen Punkte?*

Deutschland bleibt unter seinen Möglichkeiten, wenn wir nicht genug in unsere Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit investieren. Die Investitionslücke von heute ist die Wachstumsbremse von morgen.

Um für Wachstum und Beschäftigung zu sorgen, muss investiert werden: in Bildung, in wirtschaftliche Infrastruktur, in den Breitbandausbau. Zukunftsinvestitionen sind die Schlüsselfrage. Deshalb streben wir die Erhöhung unserer Zukunftsinvestitionen an. Wir wollen die Investitionsquote von 17 auf 20 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhöhen, das sind etwa 80 Milliarden Euro pro Jahr direkt für die Zukunftschancen in unserem Land. *Fortsetzung a. d. nächsten Seite*



*Daniel im Wahlkampf 2013*

*Fortsetzung von Seite 7*

### *Das klingt gut – aber wie wird das Programm finanziert?*

Für alle staatlichen Ausgaben gilt: Zukunftsinvestitionen dürfen nicht durch neue Staatsverschuldung erkaufte werden. Im Gegenteil: Wir müssen im Sinne der Generationengerechtigkeit die Staatsschulden im Rahmen der Schuldenbremse zurückdrängen. Schwarz-Gelb hat in den letzten vier Jahren 100 Milliarden neue Schulden gemacht. Das muss aufhören. Deshalb brauchen wir höhere Einnahmen und eine gerechtere Verteilung der Steuerlasten. Wir werden deshalb nicht die Steuern für alle, aber einige Steuern für einige Reiche erhöhen, weil starke Schultern mehr tragen können als schwache. Bei unserer Steuerpolitik gilt: Über 95 Prozent der Steuerzahler werden von der Erhöhung des Spitzensteuersatzes überhaupt nicht betroffen sein. Die Mehreinnahmen aus den Steuererhöhungen werden in Deutschland reinvestiert. Dafür stehe ich als Abgeordneter gerade: Mehreinnahmen werden vollständig für Zukunftsinvestitionen und zur Schuldentilgung verwendet.

### *Peer Steinbrück hat vor Kurzem Bruchsal besucht. Wird Peer Steinbrück Kanzler?*

Ob Peer Steinbrück Kanzler wird, das entscheiden die Wählerinnen und Wähler. Aber ich kämpfe hier um jede Stimme für ihn. Weil er die Prioritäten richtig setzt: Finanzielle Stabilität, ökonomische Vernunft und soziale Gerechtigkeit gehören für ihn zusammen. Damit passt er gut zu uns hier in Bruchsal-Schwetzingen.



*Peer Steinbrück und Daniel Born  
gemeinsam in Bruchsal*

### *Uns ist aufgefallen: An deinen Infoständen und bei deinen Veranstaltungen sieht man alle Alters- und Bevölkerungsgruppen.*

Stimmt, und das freut mich ganz besonders. Ich will Menschen dafür begeistern, sich einzumischen und sich für unsere Gesellschaft politisch zu engagieren. Davon lebt die Demokratie. Toll, dass uns dies in diesem Wahlkampf offensichtlich gelingt. Die Wählerinnen und Wähler entscheiden, wer sie in Berlin vertritt. Als Abgeordneter für den Wahlkreis Bruchsal-Schwetzingen will ich Politik aus der Region für die Region machen. Ich werde mich stark machen für alle Menschen, die hier leben.

**[www.daniel-born.de](http://www.daniel-born.de)**

# DAS WIR ENTSCHEIDET

## DREI WORTE MACHEN DEN UNTERSCHIED



Anfang Mai hat Rainer Brüderle (FDP) auf einem Parteitag seiner Partei kundgetan, wie er sich unsere Gesellschaft vorstellt. Zitat: „Wir wollen, dass die Menschen sagen können: Mein Haus, mein Geld, mein Auto.“

Im Original, einer Sparkassenwerbung, heißt das „Mein Haus, mein Auto, mein Boot.“ und geht noch großspuriger z.B. mit der Präsentation einer Ferienimmobilie - natürlich mit Pool - weiter. Boot und Pool hat Brüderle lieber weggelassen, das ist selbst ihm wohl als das aufgefallen, was es ist: verdammt protzig. Die Sparkasse hat diesen Spot im Übrigen längst eingestampft: So protzig, so auf „meins, meus, meus“ fixiert, das wollen ihre Kunden gar nicht.

Hier wird ersichtlich, um was es bei der kommenden Bundestagswahl am 22. September geht, nämlich um eine **Richtungsentscheidung**. Bei Rainer Brüderle zählt „ich, ich ich“. Ist das eine gute Idee für die Zukunft unseres Gemeinwesens?

„Das Wir entscheidet.“ So lautet das Motto der SPD für Deutschland, die damit klar macht: es braucht ein **neues soziales Gleichgewicht** in unserem Land. Wir treten ein für eine solidarische Gesellschaft, die den Einzelnen schützt und ihn zur Selbstbestimmung befähigt. Wir wollen kein unverbundenes Nebeneinander von vielen Ichlingen. Deshalb stehen wir ein für Themen wie Mindestlohn, Bildungsgerechtigkeit, Solidarrente, Mietpreisbremse, gute Kinderbetreuung und andere mehr.

Auf ein neues "Wir" in Deutschland kommt es auch Peer Steinbrück an. Das merkt man zum Beispiel bei seinem Besuch des Sprachförderprojekts an der Stirumschule Bruchsal. „Sprache ist ein zentraler Schlüssel für Bildungschancen, Berufschancen und damit für Teilhabe“, so der SPD-Kanzlerkandidat. Peer weist darauf hin, dass es in Deutschland 1,4 Millionen junge Männer und Frauen gäbe, die keinen Schulabschluss hätten. Das wolle er nicht einfach hinnehmen. In Bruchsal war spürbar, was wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten meinen, wenn wir plakativ sagen, dass das „Wir“ entscheidet.

Weitere Informationen zum Regierungsprogramm der SPD für die Jahre 2013 - 2017:

[www.spd.de/themen](http://www.spd.de/themen)



# 150 JAHRE SPD

## SO ALT UND IMMER NOCH STREITLUSTIG!



Die Parteien, ihre Kandidaten und ihre Politik - wird etwas stärker öffentlich kritisiert, wenn der Gang zur Wahlurne naht? Und wie gerne werden die Aussagen der Politiker zerpfückt und widerlegt, ihre kontroversen Debatten oft sogar belächelt. Aber vergisst man bei der allabendlichen Medienschelke nicht eine entscheidende ‚Kleinigkeit‘: Politische Auseinandersetzungen waren und sind seit Menschengedenken unumgänglich und fast immer gewinnbringend. Ein kurzer Blick auf die 150-jährige Geschichte der SPD kann dies unterstreichen.

Als die Industrialisierung nicht nur technischen Fortschritt, sondern auch schlimme soziale Missstände mit sich brachte, d.h. der schlichte Arbeiter unter katastrophalen sozialen Bedingungen leben und arbeiten musste, war **Solidarität**, der Zusammenhalt Gleichgesinnter, angesagt.

Infolge der 1848er-Revolution kam dann die Arbeiterbewegung in vollen Gang. „Arbeiterbewegung, d.h., dass die arbeitende Bevölkerung sich zusammenschließt, sich organisiert, dass nicht jeder für sich streitet, sondern dass man gemeinsam versucht, mehr für alle zu erreichen...“ (Christian Uhde, OB München) Die Arbeitervereine in Bayern z.B. schlossen sich 1848 unter Stephan Born zur „Arbeiterverbrüderung“ zusammen, die erste überregionale gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter in Deutschland. Am 23. Mai 1863 gründete in Leipzig der Schriftsteller Ferdinand Lasalle den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV), der sich 1875 mit der sechs Jahre zuvor unter August Bebel und Wilhelm Liebknecht gegründeten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) zusammenschloss. Die heutige SPD geht somit aus zwei Arbeitervereinigungen hervor.

Einem Parteiverbot gleich wurde am 22. Oktober 1878 das sog. „Sozialistengesetz“ verkündet, das Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie, das erst am 30. 9.1890 aufgehoben wurde. Die SPD wurde dadurch nicht bezwungen, sondern bei den Wahlen im gleichen Jahr mit 1,4 Millionen Stimmen die stärkste Partei. Sie waren in diesen 12 Jahren auch alles andere als untätig, die Sozis – die „vaterlandslosen Gesellen“, man liest von 1300 Druckschriften und ca. 330 Arbeiterorganisationen, die in dieser Zeit verboten wurden. August Bebel verfasste z.B. 1879 den Bestseller „Die Frau und der Sozialismus“, der mit weit über 60 Auflagen jahrzehntelang die Grundlage zahlloser Diskussionen und Entscheidungen bot. Durch sein Wirken forderte die SPD 1891 sowohl das **Frauenwahlrecht**, als auch die „**Abschaffung aller Gesetze, welche die Frauen benachteiligen**“. Neben diesen demokratischen standen schon da-

mals die sozialpolitischen Ziele **Achtstundentag** und **Arbeiterschutz** auf dem Parteiprogramm in Erfurt.

Ein großes Ziel der SPD waren stets **Bildung und Chancengleichheit für alle**, wie man das in allen verfassten Parteiprogrammen nachlesen kann. Schon 1925 wurde im Heidelberger Programm die Forderung nach einem **Vereinigten Europa** aufgestellt.

Besonders stolz sind alle Genossinnen und Genossen darauf, dass die Abgeordneten der SPD am 24.3.1933, vor genau 80 Jahren, einstimmig gegen das Ermächtigungsgesetz stimmten, obwohl bereits einige Parlamentarier der SPD und alle der KPD verfolgt oder ermordet worden bzw. untergetaucht waren. Otto Wels hielt damals wohl die letzte freie Rede: „... Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus. ...“

Seit dem Zusammenschluss der Gründerparteien im Jahr 1875 bis heute hat die Partei sieben Programme beschlossen, aktuell gültig ist das Hamburger Parteiprogramm von 2007, in dem klar die Grundwerte, Grundüberzeugungen und Ziele der heutigen SPD formuliert sind.

Es sollte eigentlich für jeden Menschen und erst recht für eine Partei leicht sein, Forderungen zu stellen, eine klare Linie anzupeilen und die eigene Vision zu vermitteln. Aber diese konkreten Inhalte zu formulieren bedeutet Arbeitseinsatz, Sachverstand, neue Ideen entwickeln und vermitteln, unzählige verbale Auseinandersetzungen, Überzeugungskraft, Leidenschaft für die Politik, Interesse am Gemeinwohl bzw. am friedlichen Zusammenleben aller Individuen. Als äußerst schwierig erweist sich jedoch stets die Durchsetzung sowie die Umsetzung aller Forderungen.

**Aber wo wären wir, hätten nicht so viele Menschen - in unserem Fall die zahlreichen Mitstreiter unserer Partei – solidarisch gestritten und sich für ihre Ziele eingesetzt?**

## **VOR 100 JAHREN...**



... am 13. 8. stirbt August Bebel, der Mitbegründer der SPD (siehe obigen Artikel), und vier Monate später

... am 18.12. wird Herbert Ernst Karl Frahm geboren - uns besser bekannt unter seinem Decknamen Willy Brandt.

Nach Hitlers Machtergreifung 1933 kämpft Willy Brandt im Untergrund und lebt bis 1945 im Exil, hauptsächlich in Norwegen. Seine Arbeit in der Bundespolitik beginnt 1949 und endet 1992 mit seinem Tod. Dazwischen übt er neun Jahre lang das Amt des

*Fortsetzung auf der nächsten Seite*

Fortsetzung von Seite 11

Regierenden Bürgermeisters in Berlin aus und erlangt schon in dieser Zeit große Popularität. 1966 wird er unter Kiesinger Bundesaußenminister, bis er **1969** zum vierten **Bundeskanzler** der damaligen BRD gewählt wird. Weltruhm und zahlreiche Ehrungen erlangt Brandt durch seine **Ostpolitik** und wird dafür 1971 sogar mit dem **Friedensnobelpreis** ausgezeichnet.



Willy Brandt 1977 in Mannheim

Von 1964 bis 1987 ist Willy Brandt Vorsitzender der SPD, von 1976 bis 1992 Präsident der Sozialistischen Internationale und von 1979 bis 1984 Mitglied im Europäischen Parlament.

Als ein großer Verfechter der Friedenspolitik und der Aussöhnung mit den osteuropäischen Staaten ist es ihm vergönnt, den **Mauerfall** am 9.11.1989 zu erleben. In einer Rede vor dem Rathaus Schöneberg am 10. November 1989 drückt Brandt seine Freude über die Entwicklung aus und zeigt sich gleichzeitig „...dem Herrgott dankbar dafür, dass ich dies miterleben darf – wir erleben, dass die Teile Europas wieder zusammenwachsen.“

Am 8. Oktober 1992 stirbt Willy Brandt und die Anteilnahme der Menschen in aller Welt ist überwältigend. Seine Genossinnen und Genossen, die Mitglieder des Bundestages sowie Staatsoberhäupter, Regierungsvertreter und Politiker aus aller Welt erweisen ihm die letzte Ehre. Auf dem Waldfriedhof Berlin-Zehlendorf findet er seine letzte Ruhestätte. (Quelle: Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung)

Bleibt uns ein **„DANKE, WILLY!“**

### Impressum

Herausgeber: SPD-Ortsverein Oberhausen-Rheinhausen

Beiträge von: Peter Brand, Susanne Egenberger, Klemens Leier,  
Peter vom Brocke, Thomas vom Brocke

Layout: Thomas vom Brocke

V.i.S.d.P.: Peter Brand, Poststr. 19, 68794 Oberh.-Rheinhausen

Druck: Printline Werbetechnik, Waghäusel

**www.spd-or.de**